

Fuldaer Zeitung
Freitag, 12 Juli 2024
Seite: 6

Was ist mit der Sucht-Prävention?

Dr. Markus Juch

warnet vor den Folgen der Cannabis-Legalisierung vor allem für Jugendliche und fordert mit Blick auf den höheren Aufwand bei Prävention und Beratung mehr öffentliche Mittel.

Seit dem 1. April gilt das Cannabisgesetz, das eine Teillegalisierung von Haschisch in Deutschland bewirkt und den privaten Besitz und Konsum, den Anbau der Pflanze sowie den medizinischen Gebrauch ausführlich regelt. Es bedarf nicht viel Fantasie für die Annahme, dass der allgemeine Konsum von Cannabis nun nach Aufhebung des strikten Verbots steigen wird, und dass es auch zahlreiche Erstkonsumenten geben wird, die es mal probieren wollen – jetzt, wo es erlaubt ist.

Für Minderjährige ist der Gebrauch des Rauschmittels zwar weiterhin untersagt, aber die gesetzlichen Einschränkungen bezüglich Alkohol und Rauchen sind bei Jugendlichen auch nicht immer ein wirksames Hindernis gewesen, um nicht doch entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Dabei warnen Fachleute insbesondere vor den Gefahren des Cannabis-Konsums bei jungen Menschen bis 25 Jahren, da hierdurch eine erhöhte Gefahr bestehe, schwerwiegend und dauerhaft psychisch zu erkranken.

Der Ausbau von Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten in diesem Kontext sowie Prävention sind daher unabdingbar. Dies hat der Gesetzgeber auch anerkannt: Im Cannabisgesetz ist die Schaffung verstärkter präventiver Angebote vorgesehen, die Durchführung ist allerdings mit einer Reihe von Fragezeichen versehen. So gibt es zwar eine Informationskampagne der



Der Gastautor (57)
ist Fuldaer
Diözesan-Caritasdirektor.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Jugendliche und Eltern zum Cannabis-Konsum und seinen Wirkungen informieren soll. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Kampagne ihre Zielgruppen in der notwendigen Weise erreichen kann. Präventionsangebote – das zeigt die Erfahrung – müssen vor Ort und an den Plätzen erfolgen, wo sich die Jugendlichen aufhalten, wenn sie beispielsweise ihre Freizeit verbringen. Es gilt Vertrauen aufzubauen – das kann eine Kampagne von zentraler Stelle aus kaum erreichen. Auch die Sensibilisierung und Aufklärung der Eltern ist wichtig. Sie müssen einen Blick dafür bekommen, ob ihre minderjährigen Kinder Haschisch konsumieren. Beratung und Begleitung für betroffene Familien muss vor Ort bei Bedarf möglich sein. Digitale Beratungsangebote – die Caritas arbeitet schon seit gut 15 Jahren damit in Bezug auf verschiedene Zielgruppen sehr erfolgreich – können flankierend dort sinnvoll sein, wo die Beratungs-

strukturen ansonsten nicht ausreichen – beispielsweise im ländlichen Raum wie bei uns in der Rhön oder im Vogelsberg.

Soweit, so gut. Die Suchtberatungsstellen der Caritas und ihrer assoziierten Mitglieder in Hessen haben allerdings anlässlich einer kürzlich durchgeführten Umfrage einhellig mitgeteilt, dass sie keinerlei personellen Ressourcen haben, um den durch die Cannabis-Legalisierung zu erwartenden steigenden Aufwand für Beratung und Prävention zu bewältigen. Soll die gesetzlich vorgesehene Suchtprävention à la Cannabis-Gesetz sich also einfach „zurechtruckeln“? Was eine notwendige Finanzierung dieser Angebote betrifft, sollten seitens der öffentlichen Hand zeitnah ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Kommunen wie zum Beispiel Stadt und Landkreis Fulda leisten schon jetzt einen wichtigen finanziellen Beitrag dazu, alleine können sie dies allerdings nicht schaffen.

Die Kompensation der Kosten für steigenden Beratungs- und Präventionsaufwand, der durch die Folgen des Cannabisgesetzes verursacht wird, wäre ganz sicher ein guter erster Schritt zur Absicherung der notwendigen Hilfsangebote. Im Gegenzug könnten die Beratungsstellen ihren professionellen Beitrag dazu leisten, den formulierten Anspruch des Gesetzes, geeignete präventive Angebote im Zusammenhang mit der Cannabis-Legalisierung vorzuhalten, von Anfang an verlässlich umzusetzen.